



Nationale Gesundheitspolitik in Kürze: Session März 2019, Woche 1

Dienstag, 05.03.2019

Der Ständerat in Kürze

FRANCHISE: Neu beträgt die Franchise in der Grundversicherung CHF 350 statt CHF 300. Wenn die Gesundheitskosten steigen, können die Franchisen weiter erhöht werden. Hauptargument der Mehrheit der Politikerinnen und Politiker des National- und Ständerats: Weniger Versicherte sollen wegen Bagatellen zum Arzt gehen und damit Kosten verursachen. Die Minderheit der Politikerinnen und Politiker hat gegen das Referendum gestimmt, da sie eine zu starke finanzielle Belastung für die Patientinnen und Patienten befürchten.

Die Haltung der Patientenstellen: Wir lehnen die Erhöhung der Franchise ab, weil sie die Gefahr beinhaltet, dass Patientinnen und Patienten unterversorgt sind, sprich zu spät zum Arzt gehen aus Angst vor den Kosten.

ÄRZTEFEHLER: Die Mehrheit der Politikerinnen und Politiker lehnte die Einsetzung einer privatrechtlichen Organisation zur Förderung der Qualität im Gesundheitswesen ab und sprechen sich dagegen für eine eidgenössische Kommission aus, durch die die Ziele einheitlicher und besser erreicht werden können. Ausserdem seien Leistungserbringer und Versicherer für diese Aufgabe nicht geeignet, da die Qualitätsentwicklung bisher in deren Aufgabengebiet gefallen sei und bisher keine ausreichenden Erfolge zu vermerken sind.

Die Haltung der Patientenstellen: Wir begrüssen den Entscheid der Mehrheit des Parlaments. Die Kontrolle und Förderung der Qualität sollte von einer neutralen, eidgenössischen Kommission geregelt werden. Allerdings sind wir nach wie vor der Überzeugung, dass der Bund auf die Gesetzesvorlage für ein nationales Zentrum für Qualität und Wirtschaftlichkeit zurückkommen sollte.

TARMED: Die Mehrheit des Parlaments fordert das zukünftig die Leistungsrechnung für ambulante Behandlungen für Patientinnen und Patienten transparenter und einfacher nachvollziehbar gestaltet sein sollen, um auch die Kostendämpfung zu unterstützen. Der Ständerat überwies daher die Motion zur weiteren Bearbeitung an den Bundesrat.

Die Haltung der Patientenstelle: Wir fordern seit langem transparente und nachvollziehbare Rechnungen von Ärztinnen, Ärzten und Fachpersonen. Heute haben die Versicherten kaum die Möglichkeit ihre Rechnungen zu kontrollieren und zu überprüfen.

INNOVATION: Der Ständerat hat eine Motion abgelehnt, die eine Innovationsbestimmung im Krankenversicherungsgesetz verlangt. Grund dafür ist, dass der Bundesrat bereits einen entsprechenden Vorschlag in die Vernehmlassung geschickt hat. Die Stellungnahmen werden derzeit ausgewertet. Der Nationalrat hatte die Motion angenommen, bevor der Bundesrat den Vorentwurf veröffentlichte.

Die Haltung der Patientenstelle: Wir begrüßen die Ablehnung, weil das Anliegen bereits in den Kostendämpfungsmassnahmen integriert ist.

MEDIZINPRODUKTE: Die Mehrheit des Nationalrats stimmte der Übernahme der strengeren EU-Regeln bezüglich Medizinprodukten zu, sodass Schweizer Hersteller auch zukünftig den Zugang zum EU-Markt behalten. Während der Ständerat nur eine redaktionelle Änderung anzumerken hatte, beschloss der Nationalrat einige detaillierte Änderungen für die Vorlage, darunter die Ausweitung der Integritätsregeln für Medizinprodukte und die Pflicht zur Deklaration von Interessensbindungen. Allgemeines Ziel der Vorlage ist jedoch eine verbesserte Patientensicherheit, nach diversen Skandalen der letzten Jahre im Bereich der Medizinprodukte. Die Räte sind im Grundsatz einverstanden damit, doch sind noch nicht alle Details geklärt. Der Nationalrat hatte beschlossen, die Integritätsregeln für Medikamente auf Medizinprodukte auszuweiten. Der Ständerat will dem Bundesrat die Möglichkeit geben, Ausnahmen zu machen. Die von der grossen Kammer beschlossene Deklarationspflicht für Interessensbindungen lehnte er ab. Grund dafür ist, dass der vorbereitenden Kommission die Zeit für eine vertiefte Diskussion gefehlt hatte. Das soll die Nationalratskommission nun nachholen. Das Geschäft ist noch nicht zu Ende beraten.

Die Haltung der Patientenstelle: Die strengeren Regeln entsprechen einer alten Forderung von uns. Trotzdem sind wir mit der Sicherheit der Patientinnen und Patienten im Zusammenhang mit Medizinprodukten noch längst nicht am Ziel.

Donnerstag, 07.03.2019

Der Nationalrat in Kürze

PATIENTENSICHERHEIT: Nach dem der Ständerat der Motion von Hans Stöckli (SP/BE) bereits zugestimmt hatte, stimmte heute auch der Nationalrat oppositionslos zu, dass Patientinnen und Patienten zukünftig einen gedruckten oder elektronischen Medikationsplan erhalten sollen, um einen besseren Überblick über die verordneten Medikamente zu gewährleisten und die Patientensicherheit zu fördern. Polymedikation, heutzutage vor allem unter älteren Menschen vorhanden, birgt das Risiko von Nebenwirkungen und Wechselwirkungen.

Die Haltung der Patientenstelle: Mit dieser Motion wird ein wichtiger Meilenstein in der Medikamentensicherheit gesetzt. Wir nehmen das mit grosser Zufriedenheit zur Kenntnis.

Quelle: sda (2019), Bern: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/sessionen/sda-fruehjahrssession-2019>

Zürich, 07.03.2019/EZ/NN